Beschlussvorlage	Vorlage Nr.: 358/2015			
Neufassung der Gebührensatzung der Freiwilligen Feuerwehren der Samtgemeinde Bersenbrück				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Ausschuss für Feuerwehren, Umwelt, Kultur und Soziales	01.07.2015	öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeindeausschuss	23.06.2015	nicht öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeinderat	15.07.2015	öffentlich	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Samtgemeinde Bersenbrück außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben sowie der entsprechende Gebührentarif werden in der vorliegenden Form verabschiedet. Die neue Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Osnabrück in Kraft.

1. Finanzielle Auswirkungen

- Ja
 Nein

I. Gesamtkosten der Maßnahme: €

II. davon für den laufenden Haushalt vorgesehen: €

Betroffener Haushaltsbereich

Ergebnishaushalt **Finanzhaushalt/Investitionsprogramm**

Produktnummer/Projektnummer

Bezeichnung:

- Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr zur Verfügung.
 Den erforderlichen Mitteln stehen Einzahlungen/Erlöse zur Deckung gegenüber in Höhe von €
 Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr **nicht** zur Verfügung und müssen außer-/überplanmäßig bereitgestellt werden (Ausführungen zur Deckung sind der Begründung zu entnehmen).

III. Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung:

- Der Betrag ist jährlich wiederkehrend einzuplanen.
- Die Gesamtkosten von € beziehen sich auf die Jahre
- Es entstehen jährliche Folgekosten in Höhe von €
- Durch die Maßnahme werden jährliche Mehreinnahmen erwartet in Höhe von 3.000,00 €.

2. Beteiligte Stellen:

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Ziele

Sachverhalt:

Die Samtgemeinde Bersenbrück erhebt für die Hilfeleistungseinsätze der Freiwilligen Feuerwehren der Samtgemeinde Bersenbrück (Ortsfeuerwehren Alfhausen, Ankum, Bersenbrück, Gehrde, Kettenkamp, Rieste, Talge) Gebühren aufgrund der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Samtgemeinde Bersenbrück außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben vom 07.03.2002. Bestandteil der Satzung ist der Kosten- und Gebührentarif, der alle abrechenbaren Tatbestände erfüllt. Jedoch haben sich im Laufe der letzten Jahre folgende Anpassungsbedarfe ergeben:

Redaktionelle Anpassungen

Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz ist zum 01.11.2011 in Kraft getreten. Dadurch haben sich redaktionelle Anpassungen ergeben.

Rechtliche Anpassungen

Die zurzeit gültige Fassung der Hilfekostensatzung vom 07.03.2002 ist rechtlich nicht mehr belastbar. Diese ist daher vollständig aufzuheben. Eine Synopse (Vergleich der alten und neuen Satzung) ist aufgrund der vielen Änderungen nicht sinnvoll. Die Satzung vom 07.03.2002 ist jedoch als Anlage beigefügt. Die neue Satzung orientiert sich an der aktuellen Mustersatzung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes.

Gebührentarif

Das Niedersächsische Brandschutzgesetz (NBrandSchG) wurde am 17.07.2012 neu gefasst und ist seit dem 27.07.2012 in Kraft getreten. Hierbei ist die Gebührenregelung bei Einsätzen in § 29 NBrandSchG weitgehend verändert worden, sodass auch eine Anpassung der Gebührensatzung der Feuerwehr erforderlich wird.

Rechtliche Grundlage für die Abrechnung von Hilfeleistungen der Feuerwehr ist jetzt § 29 des NBrandSchG, der den Gemeinden die Möglichkeit des Kosten- bzw. Gebühreneratzes nach Maßgabe einer Satzung ermöglicht und bisher regelte, dass hierfür Pauschalbeträge festgelegt werden können.

Diese Regelung hält der neuesten Rechtsprechung in der Abrechnungspraxis jedoch nicht mehr Stand. Insbesondere eine Versicherungsgruppe hat bereits vor einigen Jahren ein Urteil erstritten, das schließlich in eine Änderung des § 29 NBrandSchG mündete. Danach liegt der Abrechnung von Hilfeleistungseinsätzen nunmehr zwingend das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz (NKAG) zu Grunde. Die Anforderungen an die Gebührenkalkulation legte das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg mit Urteil vom 28. Juni 2012 (Az.: 11 LC 234/11) fest. Das Urteil kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

Um die notwendige Rechtssicherheit für gerichtliche Streitverfahren zu erlangen und die Gebühreneinnahmen der Samtgemeinde Bersenbrück sicherzustellen, muss daher der Gebührentarif auf die Grundlage einer Kalkulation gestellt werden, wie sie das NKAG vorschreibt. Künftig wird alle drei Jahre eine aktuelle Kalkulation erstellt und die Einzeltatbestände des Gebührentarifs neu festgesetzt. Der Unterschied der Gebühren nach drei Jahren darf 5 % nicht überschreiten. Sollte eine höhere Abweichung vorhanden sein, müssen die zu viel eingenommenen Beträge mit den neu errechneten Gebühren verrechnet werden (§ 2 Abs. 1 S. 3 NKAG).

In der Kalkulation sind sämtliche Kosten (Anschaffungskosten, Kosten für Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen, Unterhaltung und Wartung) eingeflossen.

Aus dem Gebührentarif ist ersichtlich, in welchem Umfang die kalkulierten Gebühren von den bisherigen Sätzen abweichen.

Neu eingeführt wurde, dass die Kommunen bei unentgeltlichen Brandeinsätzen folgende Kosten verlangen können, soweit sie nicht bei der Kalkulation der Gebühren berücksichtigt worden sind:

1. Kosten für Sonderlöschmittel und Sondereinsatzmittel, die bei einer Brandbekämpfung in einem Gewerbe- oder Industriebetrieb eingesetzt worden sind, sowie die Kosten für die Entsorgung der eingesetzten Sonderlöschmittel und Sondereinsatzmittel,
2. Kosten für die Entsorgung von Löschwasser, das bei der Brandbekämpfung in einem Gewerbe- oder Industriebetrieb mit Schadstoffen belastet worden ist.

Außerdem wurde neu eingeführt, dass der Betreiber einer Brandmeldeanlage gebührenpflichtig ist, wenn der Einsatz durch eine Brandmeldeanlage ausgelöst wurde, ohne dass ein Brand vorgelegen hat. Bisher konnten solche Einsätze nur abgerechnet werden, wenn der Einsatz Folge einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Auslösung war.

Die Verwaltung hat die gesetzlichen Änderungen in die Satzung eingearbeitet und darüber hinaus die Gebührenkalkulation durchgeführt.

Eine Änderungssatzung zur Feuerwehrsatzung vom 07.03.2002 ist nicht sinnvoll, da weitreichende Änderungen eingetreten sind. Die sog. Hilfeleistungssatzung ist daher neu zu erlassen und die alte Satzung mit Wirkung vom gleichen Tag außer Kraft zu setzen.

In der Gesamtheit ist festzustellen, dass durch die Abrechnung der Einsätze im

Wesentlichen höhere Einnahmen hinsichtlich der Einsatzstunden der Fahrzeuge zu erwarten sind. Die berechneten Beiträge sind höher als die zuvor angesetzten Pauschalbeträge.

Für Brandsicherheitswachen wurden gesonderte, reduzierte Beträge festgesetzt. Dabei handelt es sich um die in der bisherigen Satzung festgesetzten Beträge. Hierdurch wird erreicht, dass die Kosten für eine Brandsicherheitswache, die zumeist von Vereinen und Verbänden angefordert wird, in einem überschaubaren Rahmen bleiben.

gez. Dr. H. Baier
Samtgemeindebürgermeister

gez. A. Schulte
Fachdienstleiter IV